

19. November 2025

An die Geschäftsstelle  
des Gemeinderats  
Rathaus

74321 Bietigheim-Bissingen

## **Antrag der CDU-Gemeinderatsfraktion zum Haushalt 2026**

**Thema:** **Erstellung einer Übersicht sämtlicher im städtischen Eigentum befindlichen Gebäude hinsichtlich einer Überprüfung auf Verkaufspotenzial zur Liquiditätsstärkung und Kostenreduktion**

**Antrag:** Die CDU-Fraktion beantragt, aufgrund der gegenwärtigen und voraussichtlich künftig schwierigen Haushaltslage, für alle städtischen Gebäude eine Bestandsliste mit Lage, Baujahr und Größe des Grundstückes zu erstellen. Mit Hilfe dieser Übersicht sollen Entscheidungen hinsichtlich möglicher Verkäufe ermöglicht werden. Durch gezielte Veräußerungen kann die Liquidität verbessert werden. Zudem können langfristig Folgeunterhaltungskosten wie Abschreibungen, Betriebskosten und Instandhaltungen reduziert werden. Ziel ist eine fundierte Entscheidungsgrundlage für mögliche Veräußerungen unter Wahrung kommunaler Aufgaben und langfristiger Finanzstabilität.

**Sachdarstellung und Begründung:** Die Stadt verfügt über ein Portfolio städtischer Immobilien, dessen dauerhafte Bewirtschaftung hohe laufende Kosten verursacht (Unterhalt, Instandhaltung, Betriebskosten, Versicherungen, Personal- und Verwaltungsausgaben). Aufgrund der momentan und zukünftig zu erwartenden schlechten Haushaltsituation ist jede städtische Liegenschaft im Hinblick auf ihr Veräußerungspotenzial zu prüfen. Dadurch sollen die Liquidität gestärkt und vor allem die Folgeunterhaltungskosten deutlich reduziert werden. Somit können Mittel für notwendige Kernaufgaben freigesetzt und der städtische Haushalt nachhaltig entlastet werden.

Insbesondere sind dabei Objekte mit geringeren strategischen oder infrastrukturellen Anforderungen in den Blick zu nehmen.

Dem Verwaltungs- und Finanzausschuss bzw. dem Gemeinderat sollen regelmäßig über die Ergebnisse und etwaige Folgeentscheidungen berichtet werden.

Alternativ können auch Leasing- bzw. Pachtmodelle, Teilnutzungen oder Umnutzungspotenzial statt vollständiger Veräußerung geprüft werden.

Eine Prüfung ist bindend an die Ziele der kommunalen Daseinsvorsorge zu koppeln und muss unter Berücksichtigung sozialer, wirtschaftlicher und urbaner Aspekte erfolgen.

Hermann Eppler